

Arbeitslose: „So knüppeldick war's noch nie“

Ölkrise und Konjunkturabschwung treiben die Arbeitslosenzahlen hoch. Für 1974 rechnen Experten im ungünstigsten Fall mit über einer Million Arbeitslosen. Gegen

die Mixtur — nachlassende Kauf- und Investitionslust, gleichzeitig Produktionsbeschränkung wegen Ölman-gels — helfen die alten Konjunkturrezepte nicht mehr.

Die Experten waren einer Meinung. „Schwieriger denn je zuvor“ und „bislang nicht erlebte Ungewißheit“ schrieben Beamte der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit in einer vertraulichen Studie über den westdeutschen Arbeitsmarkt 1974.

Ihr „Alternativen-Tableau“ enthält Voraussagen, die — unter verschiedenen Annahmen gemacht — allesamt wenig Gutes verheißen: 385 000 Arbeitslose im günstigsten, eine Million oder mehr im ungünstigsten Fall.

Abwärtsgang der Konjunktur und Ölkrise besuchten den Wirtschaftspolitikern ein brisantes Gemisch. Konnten sich Bonns Regierende bislang gegenüber den Inflationvorwürfen stets mit dem Argument entlasten, in der Bundesrepublik sei die Zahl der Arbeitslosen gering wie in kaum einem anderen Land, so droht jetzt der westdeutschen Volkswirtschaft die Anpassung an ame-

rikanische und englische Zustände. Dort grassiert seit Jahren schon die Stagflation: Arbeitslosen-Quoten zwischen zwei und fünf Prozent bei Preissteigerungsraten von bis zu zehn Prozent.

Auch der Kanzler möchte seine alte Arbeitsplatz-Garantie nicht mehr in reiner Form aufrechterhalten: Vor dem Bundestag ließ er das Volk wissen, es habe nicht mehr jeder Deutsche Anspruch auf „seinen“ Arbeitsplatz, sondern nur noch auf „einen“.

Helmut Schmidt verbreitete im Kreis seiner Beamten offen seine Befürchtung, im kommenden Jahr könnte der Bund mehr als je zuvor genötigt sein, durch Schuldenaufnahme und zusätzliche Aufträge an die Wirtschaft Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Beruhigende Erklärungen aus Bonn wechseln mit ersten Maßnahmen, die Konjunktur und Beschäftigung zu stützen. Anwerbe-Stopp für Gastarbeiter, Wiedereinführung des Bauherren-

Steuerparagrafen 7b, Aufhebung der Investitionsteuer und zusätzliche Ausgaben-Programme von Bahn und Post wurden verordnet oder stehen kurz bevor.

Das Bild von Amts wegen gespielter Gelassenheit störten am vergangenen Donnerstag 8000 buhende und pfeifende Arbeitnehmer der Textil- und Bekleidungsindustrie, die mit Transparenten „Das Zins-Niveau macht uns k.o.“ und „Brandt & Co — Textil-Mörder“ auf den Bonner Marktplatz zogen. Dem Protest-Redner Karl Buschmann, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil — Bekleidung, lief es „eiskalt über den Rücken“: Seine Gewerkschaft werde es nicht zulassen, „daß die Arbeitnehmer auf dem Altar einer dogmatischen Wirtschafts- und Stabilitätspolitik geopfert werden“.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz Oskar Vetter, wütete, die Regierung betätige sich in der Wirtschaftspolitik mit der „glo-

* Protest-Demonstrationen gegen Entlassungen bei den Deutschen Edelstahlwerken in Bochum.



Krisengeschädigte Stahlwerker*: „Das ist eine Horror-Kombination“



Krisengeschädigte Autobranche: „Diese Mixtur haut einen ja um“

balen Holzhammer-Methode“ und lasse sich „von der Bundesbank manipulieren“.

Der für die Hochzinsen zuständigen Frankfurter Notenbank bescheinigte Vetter, ihr gehöre „der Marsch geblasen“. Mit dem Wirtschaftsminister Friederichs rechnete er ab, seine Politik erzeuge statt der versprochenen Stabilität „höhere Arbeitslosigkeit bei andauernder Preissteigerung“.

Veters Befürchtung teilen offenbar auch die Rechner der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. In ihrem internen Gutachten heißt es, „daß die Ölkrise die kurzfristig ohnehin vorhandenen kontraktiven Entwicklungstendenzen der Konjunktur verstärkt“ — daß also der durch das Bonner Stabilitäts-Programm vom Mai eingeleitete Abschwung der Wirtschaft wegen der Energieverknappung rasanter verläuft, als die Konjunkturlenker planten.

Im November waren 332 000 Bundesbürger ohne Job — das sind 1,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten (November 1972: 1,1 Prozent). Diese bislang nicht bedrohliche und im internationalen Vergleich niedrige Arbeitslosenquote könnte rasch anwachsen. Schon jetzt ist die Tendenz ungünstig: Von August bis November wuchs die

Zahl der Arbeitslosen über das saisonal Übliche hinaus, um 50 Prozent, die Zahl der Kurzarbeiter schnellte gar um das Achtfache in die Höhe, von 11 300 auf 105 200.

Seit langem auch überstieg die Zahl der Kurzarbeiter und Stempfer erstmals das Angebot an offenen Stellen. Finanzminister Helmut Schmidts Konjunktur-Staatssekretär Karl Otto Pöhl sah eine böse Parallele: „Das ist vergleichbar mit der Zeit vor der Wirtschaftskrise von 1966/67.“

Im nächsten Jahr könnte die Arbeitslosenquote nach Schätzung der Nürnberger Bundesanstalt im schlimmsten Fall auf 4,8 Prozent der abhängig Erwerbstätigen steigen. Dann wären in der Bundesrepublik mehr als doppelt so viele Bürger arbeitslos wie im bislang schwersten Krisenjahr 1967.

Das große Risiko für Beschäftigte wie Konjunkturpolitiker liegt in dem Umstand, daß die sich anbahnende und seit Monaten sichtbare leichte Rezession durch die parallel laufende Ölkrise zu schwer durchschaubaren Komplikationen führt: Denn durch sie kann sowohl der programmierte Nachfrage-rückgang verschärft, etwa bei Automobilen, und gleichzeitig die Güterpro-

duktion beschränkt werden, etwa bei Faserprodukten und Plastiktüten.

„Das ist ein ganz neues Spiel“, klagt Schmidts Konjunktur-Beamter Dieter Hiß. Nie zuvor standen die Bonner Ökonomen vor so heiklen wirtschaftspolitischen Problemen wie gegenwärtig.

Hatten die Konjunkturlenker bislang entweder gegen eine zu geringe Nachfrage anzugehen (etwa in der Rezession von 1966/67) oder mit einem zu geringen Angebot fertigzuwerden (etwa beim jüngsten Boom), so müssen sie nun eine Nachfrage- und Angebotschwächung zur gleichen Zeit bekämpfen.

Die mangelnde Konsum- und Investitionslust, die Arbeitslosigkeit hervorruft, müßte durch Staatsaufträge und billiges Geld bekämpft werden. Die geschrumpfte und mangels Energie nicht zu steigende Güterproduktion aber könnte, weil sie die Preise nach oben treibt, weitere Nachfragebremsen erforderlich machen — eine paradoxe Situation, in der alle herkömmlichen Rezepte versagen müssen.

„Wir haben alles mögliche schon gehabt“, konstatierte Hans-Jürgen Schmahl vom Hamburger Wirtschafts-Institut HWWA, „aber das hat es noch nicht gegeben. Diese Mixtur haut einen ja um.“ Die Deutsche Volkswirtschaft-

ARENDT: Keineswegs! So wie sich die Dinge abzeichnen, werden wir der Lage Herr mit Regelungen, die Verbraucher und Wirtschaft sowenig wie möglich ans Gängelband legen. Ich bin der Auffassung, unsere Maßnahmen müssen so angelegt sein, daß sie den Freiheitsspielraum des einzelnen weitgehend erhalten.

SPIEGEL: In der Bundesrepublik arbeiten derzeit etwa 2,5 Millionen Gastarbeiter. Ist dies die Reservearmee, die zuerst ihren Arbeitsplatz verliert?

ARENDT: Die ausländischen Arbeitnehmer sind für uns nie Reservearmee in dem Sinne, wie Sie es hier gebrauchen, gewesen. Wir haben aber aus guten Gründen die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern eingestellt. Wir können nicht zulassen, daß ausländische Arbeitnehmer hereingeholt werden, solange Beschäftigungsrisiken bestehen. Der Vermittlungsstopp wird in Verbindung mit der ganz normalen Rückkehr eines Teils der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer, wie sie sich laufend vollzieht, zu einem Rückgang der bei uns beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer führen.

SPIEGEL: Wenn die Befürchtungen Bundeskanzler Brandts zutreffen und das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr stagniert, rechnen Fachleute aus der Regierung und der Arbeitsverwaltung mit mehr als 600 000 Arbeitslosen. Wie viele gefährdete Arbeitsplätze glauben Sie durch extensive Anwendung des Arbeitsförderungsgesetzes und durch gezielte beschäftigungspolitische Maßnahmen erhalten zu können?

ARENDT: Legen Sie mich nicht auf Zahlen fest. Ich persönlich würde hinter diese Zahl bei Null-Wachstum als Folge verschlechterter Energieversorgung noch ein Fragezeichen setzen. Wir werden in jedem Fall dafür sorgen, daß alle Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes voll ausgeschöpft werden, und wir werden, wenn wir sehen, daß dies allein nicht reicht, auch nicht zögern, darüber hinausgehende beschäftigungspolitische Maßnahmen zu ergreifen.

SPIEGEL: Was werden Sie konkret tun?

ARENDT: Darüber wird das Kabinett befinden. Aber ganz generell: Kurzarbeit ist beispielsweise besser als Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsämter sind gehalten, dies mit Nachdruck dem Arbeitgeber nahezu legen. Mir sind auch Arbeitnehmer in Bildungsmaßnahmen lieber als in Arbeitslosigkeit. Auch da gibt es Möglichkeiten. Die Bundesanstalt ist bereits initiativ.

SPIEGEL: Wie teuer kann das alles werden?

ARENDT: Die Frage ist zweitrangig, denn ausreichende Mittel werden zur Verfügung stehen.

liche Gesellschaft in Köln spricht von einer „konjunkturellen Horror-Kombination“.

Der Rückgang der Konjunktur und vor allem die Ölkrise treffen nach Schätzungen der Experten vor allem die Automobilbauer, die Eisen- und Stahlgießereien, die Kautschuk- und Asbest-Industrie, den Maschinenbau und den Eisenerz-Bergbau.

Während den Automobilfabriken die Käufer wegbleiben, wird für die Chemie allmählich der Rohstoff knapp. Im Bonner Wirtschaftsministerium erfuhren vorige Woche Abgesandte der chemischen Industrie von Repräsentanten der Mineralölwirtschaft, daß im ersten Halbjahr 1974 die Leichtbenzin-Lieferungen für die Petrochemie um 15 Prozent schrumpfen werden.

Folge: Die Chemiekonzerne müssen ihre Verkäufe an die Kunststoff-Verarbeiter so drosseln, daß es in Einzelfällen zu 40prozentigen Produktionskürzungen kommt. Um böse Sekundärfolgen zu verhindern, wollen die Chemiker eine Clearingstelle einrichten, die den Rohstoff optimal auf die einzelnen Fabriken verteilt.

Eine Beschäftigungskatastrophe bei Textil.

Aber auch jene Branchen, die zu den notorischen Notleidern im Lande zählen und ohnedies bereits durch die Kreditsperren und das Bonner Stabilitätsprogramm in Konkurs und Arbeitslosigkeit getrieben wurden, könnten im nächsten Jahr noch weitere Beschäftigungseinbußen erleiden. Das Baugeerbe müßte nach den Nürnberger Schätzungen noch einmal ein Beschäftigungs-Minus, die ohnedies notleidende Textilindustrie eine weitere Schrumpfung hinnehmen.

Schon bevor die Ölsperre wirksam wurde, litten gefährdete Regionen am westdeutschen Wohlstandsrand, etwa in Südbayern, der Westpfalz, Ostfriesland und der Westküste Schleswig-Holsteins Konjunkturnot. In Passau lag die Arbeitslosenquote schon im November bei 4,1 Prozent, im pfälzischen Pirmasens bei 4,2, im niedersächsischen Leer bei 4,5, in Emden gar bei 5,3 Prozent. Auch im als fein und nobel geltenden Westerland zog Not ein: 4,4 Prozent der Inselbewohner, die über kein arbeitsloses Einkommen verfügen, sind derzeit joblos — doppelt soviel wie in der vergangenen Herbstsaison.

Eine „Beschäftigungskatastrophe“ sagte der Gewerkschaftsvorstand Karl Buschmann für die Textilindustrie voraus: 42 000 Arbeitnehmer mußten in den vergangenen zwölf Monaten ihren Job aufgeben, insgesamt 20 000 sind derzeit ohne Arbeit.

200 Betriebe der Branche, die über asiatische und osteuropäische Billig-

DER SPIEGEL Urlaubs- Service für RHODOS UND KRETA

**In diesen Orten kann
man den SPIEGEL
kaufen:**

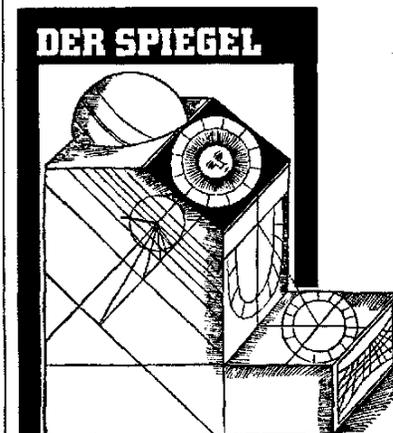
Auf Rhodos
Rhodos-Stadt

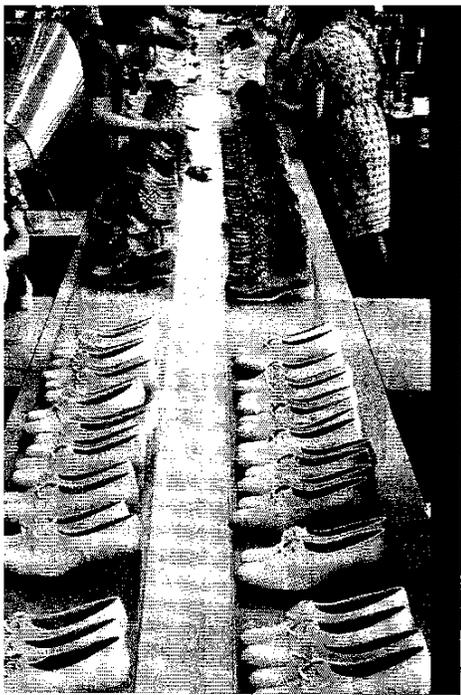
Auf Kreta
Heraklion
Aghios Nikolaos
Khania

Sollte Ihr Urlaubsziel nicht dabei sein, so lassen Sie sich den SPIEGEL einfach nachsenden. Sie brauchen dazu der SPIEGEL-Vertriebsabteilung, 2 Hamburg 11, Postfach 11 0420, lediglich 14 Tage vor Ferienbeginn Ihre genaue Urlaubsanschrift, den An- und Abreisetern mitzuteilen sowie Ihre Heimatadresse für die spätere Abrechnung. Das genügt — und Ihnen ist der SPIEGEL auch im Urlaub sicher.

**Aktuelle Information
für alle,
die wissen wollen,
woran sie sind.**

**Wo
auch immer
sie sind.**





Notleidende Schuhindustrie
Arbeitslos durch italienischen Chic

preis-Konkurrenz und den modischen Lumpen-Look klagt, steckten 1973 auf.

Bis zur vergangenen Woche stieg die Zahl der Kurzarbeiter auf 100 000. Willi Werner, Bezirksleiter der Gewerkschaft Textil in Baden-Württemberg, resignierte: „In der Textilindustrie kommt jetzt alles auf einmal, Importdruck, Stabilitätspolitik, Hochzinspolitik, verändertes Verbraucher-Verhalten — ist ja alles Mode heute, mit jedem Gelump kann man rumlaufen — und dann noch die Ölkrise. So knüppeldick war's noch nie.“

Nicht besser ergeht es Deutschlands Fabrikanten der Herren- und Knabenkonfektion. Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden in der Bundesrepublik 13,8 Prozent weniger Sakkos, 6,1 Prozent weniger Anzüge und 5,9 Prozent weniger Herrenmäntel verkauft als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Bis zum Jahresende rechnet die Haka (Herren- und Knabenoberbekleidungsindustrie) gegenüber 1972 gar mit einem Umsatzrückgang von rund 20 Prozent.

„Die Situation war noch nie so gefährlich.“

Die Zurückhaltung der Käufer beschnitt den 300 westdeutschen Konfektionsbetrieben, die im vergangenen Jahr Waren im Werte von vier Milliarden Mark produzierten, freudlose Zeiten: Von den 90 000 Beschäftigten der Haka-Zunft verloren rund 10 000 Zuschneider und Näherinnen ihren Arbeitsplatz, weitere 40 000 wurden auf Kurzarbeit gesetzt. In einigen Betrieben sind die Aufträge so zusammengeschrumpft, daß die Belegschaften nur

einen Tag in der Woche arbeiten dürfen. Andere Firmen legten Betriebspausen bis zu 14 Tagen ein.

Selbst die Großen der Branche mußten schwere Einbußen hinnehmen. Die Odermark-Werke in Goslar zum Beispiel waren gezwungen, für ihre 2600 Beschäftigten „wochenweise Kurzarbeit einzulegen“. Denn allein im November sackte ihr Umsatz um 20 Prozent gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Odermark-Geschäftsführer Hermann Scheps: „Dabei haben wir versucht, die Krise mit qualitativ hochwertigen Sonderangeboten zu überwinden. Leider mit geringem Erfolg.“

Nach einer Erhebung des Kölner Haka-Verbandes gaben bereits 13 Firmen ganz auf, weitere „12 Betriebsstätten“ wurden stillgelegt. Für die nächste Zeit erwarten die Verbandsfunktionäre eine mindestens ebenso große Zahl von Stilllegungen.

In einem offenen Brief an „Herrn Willy Brandt“ forderte der Haka-Verband, die Konjunkturbremsen zu lockern: „Wenn Sie nicht schnellstens eingreifen und von Ihrer Kompetenz, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, Gebrauch machen, tragen Sie und die Bundesregierung die alleinige Verantwortung für diese katastrophale Entwicklung.“

Nicht viel anders sieht es in der Schuhindustrie aus, die im notleidenden Bezirk Pirmasens ihr Dasein fristet und das Mirakel beklagt, daß beispielsweise italienische Fabriken mehr Chic für weniger Geld liefern: „Für uns war die Situation noch nie so gefährlich“, klagt der Leder-Gewerkschaftsführer Adolf Mirkes im Akkord mit den Fabrikanten — derzeit werden sechs von zehn Paar Schuhen in der Bundesrepublik importiert.

Die Spinner, Weber, Kleider- und Schuhmacher gehören freilich zu einer Branche, der der Kieler Nationalökonom Professor Herbert Giersch keine Träne nachweint, weil dieser Wirtschaftszweig seine Konkurrenzfähigkeit unwiederbringlich verloren hat. Giersch warnt davor, die marode Branche künstlich durch Subventionen und Einfuhrstopps zu konservieren: „Dann würde man mit viel Geld Arbeitsplätze erhalten und in den Entwicklungsländern vernichten.“

Auflassung der Zins- und Kreditsperren verlangen unterdes auch die Bauunternehmer. „Der jetzigen sehr kritischen Phase wird im Januar die Krise folgen, wenn es so weitergeht“, urteilt Wolfgang Barke, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Bauwesens. Barke: „Kein Zweifel, die Lage ist besorgniserregend, durchaus schlecht im Wohnungsbau, schlecht im allgemeinen Hochbau, sehr schlecht im Tiefbau.“

Das Bauhauptgewerbe hat einen Auftragsbestand, der die Branche nur noch für zwei Monate auslastet — das niedrigste Niveau seit 25 Jahren. Aus dem Gewerbe sind nach den Unterlagen des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie in Frankfurt in diesem Jahr etwa 70 000 Beschäftigte abgewandert, 30 000 stempeln.

Die Bauindustrie schätzt, daß nach einem harten Winter im ersten Quartal 1974 die Beschäftigungszahl um weitere 200 000 zurückgeht. Die Hälfte davon wird nach bisherigen Erfahrungen von anderen Branchen aufgesogen, so daß mit 100 000 Arbeitslosen zu rechnen ist.

Kurzarbeit als Beschäftigungspuffer in diesem Gewerbe war bislang kaum



Notleidende Textilbranche: Arbeitslos durch Lumpen-Look

bekannt. Hermann Wütherich, vom baden-württembergischen Bauverband, stellte fest: „Ich beobachte die Branche seit 20 Jahren und habe mich zum erstenmal mit Anfragen unserer angeschlossenen Firmen zu beschäftigen, ob man mit Kurzarbeit Arbeitnehmer halten kann. Uns fehlt aber jede Erfahrung.“

Die Verbände schätzen, daß im nächsten Jahr — auch bei staatlichen Hilfsmaßnahmen wie der bereits beschlossenen Förderung von zusätzlichen 50 000 Sozialwohnungen — die Aufträge im Wohnungsbau um 25 Prozent sinken. Heinz Flieger von der Bauindustrie: „Der Wohnungsmarkt ist ruiniert, und nur im öffentlichen Bau gibt es Hoffnung.“

„VW hat vorerst noch keine Bauchschmerzen.“

Die Bauwirtschaft hätte die Krise indes auch ohne die Energieknappheit voll getroffen, die Autoindustrie dagegen verdankt den Rückschlag im Inlandsgeschäft vor allem der Rache Arabiens. Die fatale Situation von Konjunkturabschwung und Energiemangelstand entlarvte die Brüchigkeit jener Säulen, auf denen in den letzten Jahren die hohen Wachstumsraten der westdeutschen Wirtschaft basierten: auf den Automobilbauern und der chemischen Industrie.

Kaum hatte Wirtschaftsminister Friderichs das Sonntagsfahrverbot auf Deutschlands Straßen verkündet, kaum hatte Bonn auf den Autobahnen Tempo 100 verfügt, da sackte der Auftragszugang in der an große Stückzahlen gewohnten Autobranche um fast 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Über 350 000 Autos, mehr als eine Monatsproduktion, stehen auf Werkswiesen. Gebrauchte Fahrzeuge, in früheren Krisenzeiten gern gekauft, lagern im Rost.

Allein die Opel-Werke in Rüsselsheim mußten im November rund 30 000 Neuwagen, vornehmlich der Hubraum-Klasse ab 1,7 Liter, erstmals wegstellen. Bei Ford liegen nach Branchen-Schätzungen noch einige Tausend Mobile mehr auf dem Neuwagen-Friedhof.

Ford-Einkaufschef Alfred Langer tröstete sich über Absatznöte des Kölner Werks, das freilich schon vor der Ölkrise mit seinen klobigen Modellreihen „Consul“ und „Granada“ an den Kunden vorbeifuhr: „Wir befinden uns mit Daimler und BMW in bester Gesellschaft, die können ihre großen Modelle auch nicht mehr verkaufen.“

Dies ist nur insoweit richtig, als Daimler-Benz im Inlandsgeschäft nach Aussagen eines Firmensprechers „eine gewisse Zurückhaltung“ spürt. Dank der wie stets mächtigen Lieferfristen von teilweise über einem Jahr aber

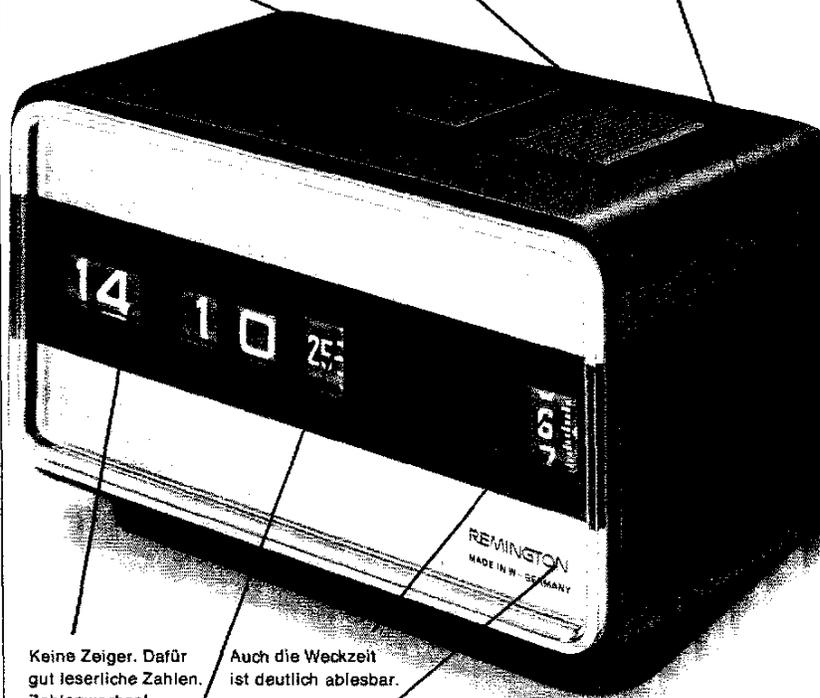
So sieht ein Wecker aus, der nicht wie ein Wecker aussieht:

Remington-Digital-Alarm.

Tiefschläfer können sich bis zu 10mal in Abständen von 8 Minuten wecken lassen.

Kein Aufziehen und kein Einstellen. Weckt alle 24 Stunden automatisch. Wecksperrung zum Ausschlafen.

Gehäuse: schwarz und mattsilber. Paßt z. B. auch auf einen Schreibtisch.



Keine Zeiger. Dafür gut leserliche Zahlen. Zahlenwechsel geräuschlos.

Gibt die Zeit auf die Sekunde genau an.

Auch die Weckzeit ist deutlich ablesbar.

1 Jahr Garantie von Deutschlands meistverkaufter Synchronwecker-Marke.

SPERRY-REMINGTON



Arbeitslose in Frankfurt: „Die Zahlen werden noch steigen.“

droht dem Stuttgarter Unternehmen noch lange keine Gefahr, zumal das Exportgeschäft ungebrochen ist.

Auch das VW-Werk hat, so der niedersächsische Wirtschaftsminister und VW-Aufsichtsrat Helmut Greulich, „vorerst keine Bauchschmerzen, im Moment brauchen die noch weitere Arbeitskräfte“. Grund: In den USA geht das VW-Geschäft nicht trotz, sondern wegen der Ölkrise gut. In diesem Jahr werden die Wolfsburger rund 465 000 ihrer benzinsparenden Fahrzeuge in den USA absetzen, fast ebenso viele wie 1972 — ungeachtet exportmindernder Mark-Aufwertung und viermaliger Preiserhöhung während zwölf Monaten.

Kurzarbeit traf denn auch beinahe ausschließlich Opel und Ford. Opel verschieb 40 000 seiner 57 000 Beschäftigten in dieser und in der dritten Januarwoche Zwangsurlaub. Ford begann mit der Kurzarbeit bereits Anfang Dezember, 8000 Autowerker, davon 5000 Türken, arbeiten weniger. Durchschnittlicher Verdienstaufschlag je Woche: 15 bis 35 Prozent.

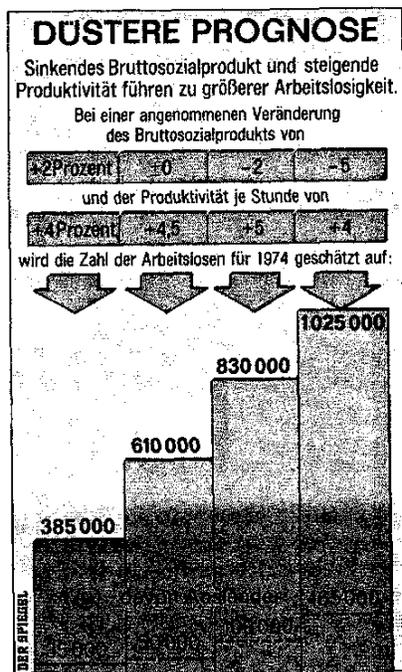
Die armen Regionen trifft es besonders hart.

Der Autobranche, der die Konjunktur-Auguren ohnedies für das nächste Jahr ein Absatz-Minus von fünf Prozent prophezeit hatten, wird, falls eine anhaltende Energiekrise die Kaufkraft der Westdeutschen noch weiter dämpft, nach den neuesten Schätzungen sogar über 10 Prozent weniger Wagen produzieren als in diesem Jahr.

Konjunkturforscher Schmahl meint, daß den Automobilfabriken und ihren

Arbeitnehmern auch gar nicht zu helfen sei: „Da nützt keine allgemeine Beschäftigungspolitik mehr, das Autogeschäft kriegt man mit Globalmaßnahmen nicht wieder hoch, da kann nur noch die Bundeswehr etwas mehr Lkw und Reifen kaufen.“

Die neue Krisenmischung trifft jene armen Bezirke der Republik, die ohnedies, wie etwa der pfälzische Landkreis Kusel, mit einem Brutto-Inlandsprodukt von 4760 Mark pro Kopf nicht viel reicher sind als die offiziell ärmsten EG-Europäer in Italiens Provinz Kalabrien. Eine ölbedingte Produktionsstokung an Montagebändern und in Destillationen könnte leicht in den Regio-



nen, denen Wirtschaftspolitiker in Bonn und in den Landeshauptstädten durch staatlich geförderte Industriensiedlungen helfen wollten, die Arbeitslosenrate weiter nach oben treiben.

Vor Jahren hatte beispielsweise Daimler-Benz in der ländlichen Südpfalz eine Lkw-Fabrik gebaut, Opel in Kaiserslautern Fertigungsstätten für Zubehör. VW schließlich hatte im nordhessischen Baunatal die Getriebefertigung aufgenommen und die Illusion zukunftssicherer Produktion geweckt. Bei flauen Absatz kann dort nun leicht die Anfälligkeit industrieller Monostrukturen zutage treten. Denn eine Krise schlägt an der Peripherie meist härter durch als in den Zentren mit vielschichtiger Wirtschaftsstruktur.

Ärger noch als den Regionen, in die Struktur- und Regionalpolitiker Fabriken verpflanzt haben, ergeht es jenen Armutsgebieten, in denen die überkommenen kleingewerblichen Betriebe die Haupteinkommensquelle sind.

Schon im Dezember kündigten Unternehmer in Niedersachsen, wo die Arbeitslosenquote derzeit schon 2,1 Prozent erreicht und 10 000 Beschäftigte kurzarbeiten (2500 im September), vorsorglich für weitere 11 565 Beschäftigte Kurzarbeit an. „Nach der augenblicklichen Lage“, sagt sich Niedersachsens Wirtschaftsminister Helmut Greulich, „müssen wir davon ausgehen, daß diese Zahlen noch steigen.“

Schleswig-Holsteins SPD-Chef Jochen Steffen ließ ausrechnen, wie bundesweite Arbeitslosigkeit zwischen Humsum und Flensburg einschlägt: „Bei drei Prozent im Bundesdurchschnitt haben wir 15 bis 20 Prozent im nördlichen Schleswig-Holstein.“ Steffens Trost: „Die Hälfte der Bevölkerung weiß es noch gar nicht.“

Bis zu welcher Marke die Zahl der Arbeitslosen in den nächsten Monaten wirklich steigt, darüber kann derzeit niemand Verlässliches sagen. Denn beinahe alle relevanten Bezugsgrößen sind unbekannt, beispielsweise

- ▷ das Ausmaß der arabischen Ölkürzungen ebenso wie die Möglichkeiten, Öl durch andere Energien zu ersetzen;
- ▷ die Beziehungen zwischen gesamtwirtschaftlichem Wachstum und der Ölmenge;
- ▷ die Veränderung der Arbeitsproduktivität unter dem Einfluß der Öl- und Wirtschaftsflaute.

Ohne die 15 bis 20 Prozent Ölsperre, so hatten die Konjunktur-Sachverständigen bei der Bundesregierung in ihrem jüngsten Jahresgutachten vorausgesagt, würde das reale Bruttosozialprodukt (Summe aller Güter und Dienstleistungen zu konstanten Preisen) 1974 um 2,5 Prozent wachsen. Bei einer ebenfalls angenommenen Steigerung der Arbeits-

produktivität von vier Prozent wären im kommenden Jahr durchschnittlich 385 000 Bundesbürger und Gastarbeiter ohne Job — etwa ebenso viele wie jetzt.

Eine Prognose, die den möglichen Energiemangel nicht einrechnet, hat freilich nur Papierwert. Bei einem angenommenen 15- bis 20prozentigen Rückgang der Mineralölversorgung ist nach der Schätzung der Institute bestenfalls mit einer Stagnation des Bruttosozialprodukts zu rechnen. Das aber bedeutet bei sonst gleichen Annahmen, so die Nürnberger Untersuchung, 560 000 deutsche und 50 000 ausländische Arbeitslose in der Bundesrepublik. Nach dem gleichen Rechenschema sind bei einem Minus-Wachstum sogar mehr als 1,025 Millionen Arbeitslose möglich.

Die Millionen-Rechnung basiert jedoch auf der Annahme, daß die Arbeitnehmer sich durch vermehrte Arbeitsleistung gegenseitig den Arbeitsplatz streitig machen (vier bis fünf Prozent Produktivitätssteigerung, siehe Graphik Seite 26).

Die Konjunkturlenker schalten von stop auf go.

Tatsächlich wird die Produktivitäts-Annahme der Nürnberger Beamten von den Forschern der Wirtschaftsinstitute als zu hoch kritisiert. HWWA-Konjunktur-Analytiker Schmahl etwa glaubt: „Das Typische wird doch sein, daß dann alle 14 Tage mal auf Öl gewartet wird oder auf andere Rohstoffe, die auf Öl basieren.“ Gerade solche Friktionen aber würden es unwahrscheinlich machen, daß die Arbeitsleistung derart stiege. Ergebnis: weniger Produktivitätszuwachs und weniger Arbeitslose, als im Nürnberger Modell errechnet. Doch auch diese Perspektiven sind für die SPD-geführte Regierung in

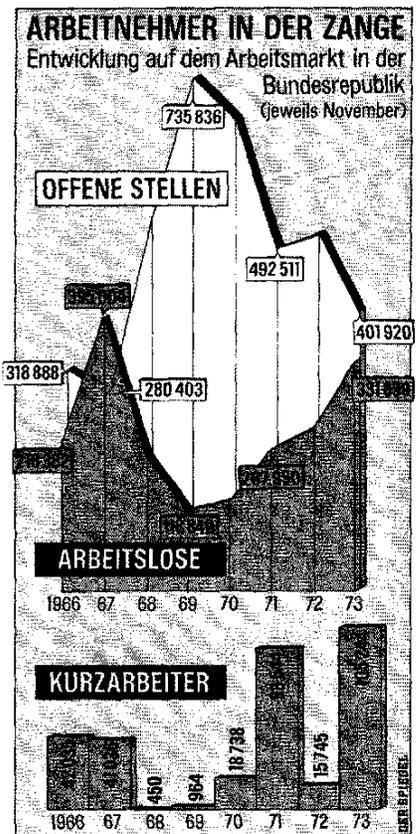
jedem Fall unangenehm genug, selbst wenn nur etwa eine halbe Million stem-peln gehen muß.

Früher als geplant und noch bevor sie die ersten Erfolge ihres strammen Antiinflation-Programmes verbuchen konnten, glauben die Bonner Konjunkturlenker nun von stop auf go umschalten zu müssen. Dabei befanden sie sich auf dem besten Wege, mit hohen Zinsen, knappem Geld und drastischen Ausgabenkürzungen in den Etats von Bund, Ländern und Gemeinden die seit zwei Jahren anhaltende Geldwert-Erosion aufzuhalten.

In Europa sind die Westdeutschen — wenn auch mit 6,6 Prozent im Oktober immer noch kräftig dabei — bereits wieder an das Ende der Inflationsskala gerutscht. Jetzt aber muß Bundesfinanzminister Helmut Schmidt seine Wahlkampfparole „fünf Prozent Preissteigerung sind besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“ auf fatale Weise in praktische Politik umsetzen: Bei Preissteigerungsraten von dann wahrscheinlich acht Prozent muß er auch noch Hunderttausende von Arbeitslosen unterstützen.

Ohne Abstimmung mit Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs, der sich gern als liberaler Hüter des Geldwertes hervorgeraten hätte, kündigte Schmidt vor Parteifreunden und Mikrofonen ein umfassendes Anstoß-Programm an. An diesem Mittwoch wird das Kabinett zunächst einmal das Stabilitätsprogramm zu Grabe tragen; die Runde wird

- ▷ die elfprozentige Steuer auf Investitionen aufheben;
- ▷ die Staatshilfen für den Eigenheimbau nach Paragraph 7 b Einkommensteuergesetz wieder zulassen;
- ▷ die steuersparende degressive Abschreibung auf Maschinen wieder einführen.



Da allerdings die Bonner Experten nur zu gut wissen, daß sich kaum ein Unternehmer oder ein Bauwilliger durch Steuergeschenke allein verleiten läßt, bei miesen Konjunkturaussichten Geld auszugeben, soll die Bundesbank nach Schmidts Plänen das noch immer sehr teure Geld verbilligen. SPD-Wirtschaftsexperte Herbert Ehrenberg: „Wenn die Bonner Maßnahmen greifen sollen, muß die Kredit-Politik gelockert werden. Ich hoffe, die Bundesbanker begreifen das.“

Vorsorglich reiste daher vergangenen Donnerstag Schmidts Staatssekretär Karl Otto Pröhl zum Frankfurter Zentralbankrat, um die noch auf Stabilitätskurs stehenden Währungshüter, die bei Wirtschaftsminister Friderichs volles Verständnis finden (Friderichs: „Ich bin mit Schmidt nur noch über die Notenbank-Politik uneins“), auf den von Schmidt gewünschten Weg zu bringen — bisher vergeblich.

Wie immer, wenn es ums Ankurbeln geht, sind die Gewerkschaften dabei. DGB-Bundesvorstandsmitglied Georg Neemann: „Die Bundesbank muß von ihrer Hochzinspolitik runter, der Kostendruck muß von dort her gesenkt werden.“

Wie einst Karl Schiller, der 1967 mit zwei Eventual-Haushalten aus der Krise steuerte, will Helmut Schmidt überdies die Wirtschaft mit Geld und Aufträgen versorgen. Mit den anderen Ressorts stellten die Schmidt-Beamten

Krisenopfer Baugewerbe: „Der Wohnungsmarkt ist ruiniert“



in der vorigen Woche bereits eine Spendenliste auf — vergeben werden darin insgesamt 4,5 Milliarden Mark aus Haushaltsmitteln. Da ein Teil der Gelder nur als Zuschuß ausgeworfen wird — für Investitionen, die der Bund gemeinsam mit Ländern, Gemeinden und Privaten finanziert —, entsteht insgesamt eine zusätzliche Nachfrage von sieben Milliarden Mark.

Nach Referenten-Plänen aus dem Verkehrs- und dem Finanzministerium werden davon beispielsweise 200 Millionen Mark für die „Neuanschaffung von Omnibussen zur Erweiterung der Flächenbedienung im Nahverkehr“ bereitgestellt werden. Für Investitionen im Steinkohlen-Bergbau sehen die Schmidt-Planer 100 Millionen vor.

Die größten Beträge sollen Bundesbahn und Straßenbau-Unternehmen kassieren. Die Bahn wird, so will es das Verkehrsministerium, schon bald zusätzlich 550 Millionen Mark einstecken — für die Anschaffung von Loks und Waggonen, zur Elektrifizierung und Instandhaltung von Strecken wie auch zum beschleunigten Bau von vier neuen Schnell-Routen. Mit 450 Millionen Mark möchte Verkehrsminister Lauritz Lauritzen zudem das deutsche Fernstraßennetz sicherer machen.

Aber auch bescheidenere Beträge sind vorgesehen: fünf Millionen Mark für „Jugendbegegnungsstätten und Jugendherbergen“, drei Millionen Mark für den „Neubau eines Casinos“ in Hans-Dietrich Genschers Innenministerium und drei Millionen Mark für den Deutschen Wetterdienst.

„Keine deutsche Frau ist mehr in die Fische zu kriegen.“

Besondere Hilfe, „wenn auch nicht zuviel“ (Friderichs), will Bonn den Textilmachern zuwenden: Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau wird angewiesen, den Tuch- und Kleiderfabrikanten zinsgünstige Kredite zu gewähren.

Helmut Schmidts Heizprogramm soll von jenem SPD-Minister abgestützt werden, der von Amts wegen für die Arbeitslosen zuständig ist: Walter Arendt. Seine Beamten bereiten schon für die Kabinettsitzung dieser Woche einen umfangreichen Hilfsplan vor, mit dem das Los der Arbeitnehmer, denen der Verlust ihres Jobs droht, gemildert wird.

So sollen die Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes nicht mehr nur allein für die Zahlung von Arbeitslosengeld, für Kurzarbeiter und Schlechtwetterzulagen herangezogen werden. Künftig will Arendt auch — gestützt auf das Gesetz — Hilfen an jene Unternehmen zahlen, die ihre Belegschaften in der Flaute nicht entlassen, sondern sie im Betrieb weiterbilden. Überdies sollen Betriebe, die bereit sind, trotz

denicotea sagt's noch einmal jedem:
nur **denicotea** macht diese vorzügliche Filterpatrone. Diesen Filter, der wegfiltet, was an unerwünschten Stoffen im Tabakrauch steckt. Ohne den Geschmack zu beeinträchtigen.

Diesen Filter, der Pfeifenrauchern zum gesünderen Rauchen verhilft. Diesen Filter, der für Filterzigarettenraucher sogar ein Filter-Filter ist.

Und weil der Filter so gut ist, verwendet ihn **denicotea** in ihrem ganzen Sortiment für Filter-Raucher: in 15 Pfeifenmodellen in 155 Variationen, in 27 Zigaretten-, 7 Zigarren- und 2 Zigarillo-Spitzen. **denicotea**-Filter, die praktischen, die auswechselbaren. Erhältlich in allen Fachgeschäften.

denicotea
Für Raucher,
die mit Verstand
genießen



Der
Filter.



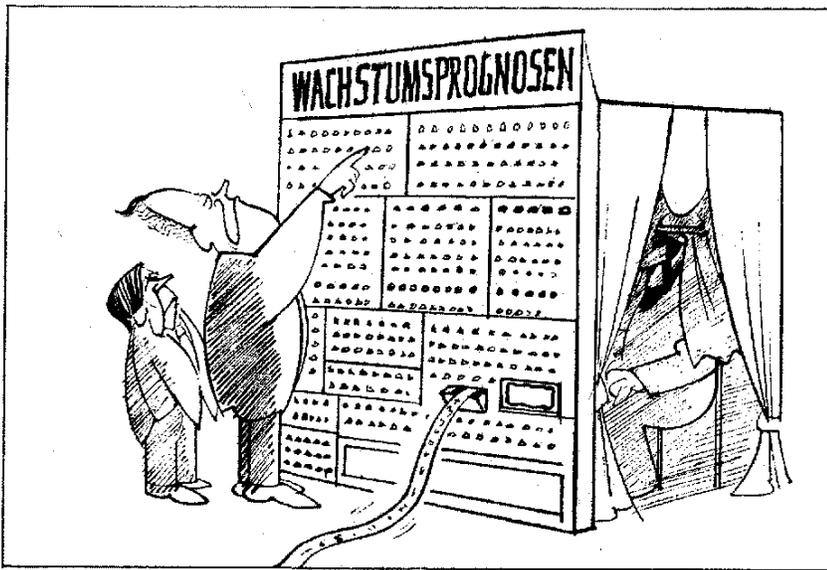
An denicotea GmbH S
506 Bensberg-Refrath, Postfach 25
Bitte senden Sie mir die kostenlose
Raucherfibel mit den vielen, vielen Tips:

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____





Rechnung mit einem Unbekannten

Kölner Stadt-Anzeiger

mangelhafter Auftragslage neue Mitarbeiter auf Reserve zu verpflichten, mit Lohnkosten-Zuschüssen bedacht werden. Insgesamt will der Arbeitsminister bis zu einer halben Milliarde Mark zusätzlich für die Arbeitsbeschaffung ausgeben.

Rund 190 000 Türken, Italiener und Jugoslawen, darauf spekulieren die Arbeitsbeschaffer, werden Westdeutschland freiwillig verlassen, wenn sie von ihren deutschen Kollegen, die sie ohnedies oft nur widerwillig duldeten, offen als mißliebige Konkurrenten angefeindet werden. Nach den Schätzungen der Nürnberger Arbeitsforscher müssen bei allgemeinem Beschäftigungsrückgang zwar auch viele Gastarbeiter stempeln oder nach Hause fahren, aber längst nicht alle, denn ein großer Teil der Südländer verrichtet Arbeiten, die Westdeutsche selbst in der tiefsten Not nicht tun mögen: die härtesten und die schmutzigsten wie bei der Müllabfuhr und der Fischverpackung. Theodor Marquard, Direktor des Hamburger Arbeitsamtes: „Es ist keine deutsche Frau mehr in die Fische zu kriegen.“

Um die Unternehmen dazu zu animieren, daß sie im bevorstehenden Beschäftigungstief die Ausländer zuerst feuern, plant die Bundesregierung eine Art Gastarbeiter-Steuer: Für jeden Beschäftigten ohne deutschen Personalausweis will Bonn in Ballungsgebieten monatlich 100 Mark, sonst 50 Mark Strafgebühr kassieren.

Ex-Gewerkschaftsführer Arendt käme damit auch den Neigungen seiner früheren Kollegen entgegen, die, verhalten zwar noch, aber deutlich Vorrrechte für einheimische Kollegen fordern. „Bei allem“, so IG-Bau-Chef Rudolf Sperner, „was wir aus Solidarität unseren ausländischen Kollegen gegenüber an Verpflichtungen haben, müssen wir die Interessen der deutschen Kollegen vorrangig sehen.“

Der Bonner Katastrophenschutz freilich könnte sich für den möglicherweise anstehenden Ernstfall als ungeeignet erweisen. So hilft billiges Geld den Chemie-Konzernen wenig, wenn sie nicht mehr genug Öl bekommen, um Kunstfasern und Plastikrohstoffe produzieren zu können. Auch Verbraucher lassen sich kaum durch kommode Abzahlungskredite zum Autokauf bewegen, wenn Sonntagsfahrverbot, Tempo 100 und hohe Spritpreise die Fahrlust trüben.

Die Politiker, die jetzt mit konventionellen Mitteln — wie mit Staatsaufträgen und Kreditverbilligung — allzu krasse Einbrüche der Industrieproduktion zu vermeiden suchen, werden auf längere Sicht nicht umhinkommen, den unabwendbaren Strukturwandel einzurechnen. Denn: Wenn das arabische Öl zu kostbar geworden ist, um es durch Auspufftöpfe zu jagen, wird es erforderlich sein, Subventionen nicht für die Auslastung herkömmlicher Produktion herzugeben, sondern für die Umstellung auf neue Produkte.

„Warum“, fragt SPD-MdB Herbert Ehrenberg, „kann Ford eigentlich keine Waggons bauen?“ Und auch sein freidemokratischer Kollege Manfred Vohrer fand: „Wir sind jetzt an der Grenze, wo liberales Gedankengut durch stärkere gesellschaftspolitische Bezogenheit ergänzt werden muß.“

Im SPD-Vorstand plädierte kürzlich Jochen Steffen dafür, den Bürgern schonungslos klarzumachen, „daß nichts mehr so sein wird, wie es war“, die Leute brauchten „jetzt eine Perspektive und keinen Baldrian“.

Willy Brandts Perspektive ist düster. Der Westen, so prophezeite der Kanzler am letzten Freitag am Rande der EG-Gipfelkonferenz in Kopenhagen, stehe „vor der größten Belastungsprobe seit der Weltwirtschaftskrise“.

WIENAND

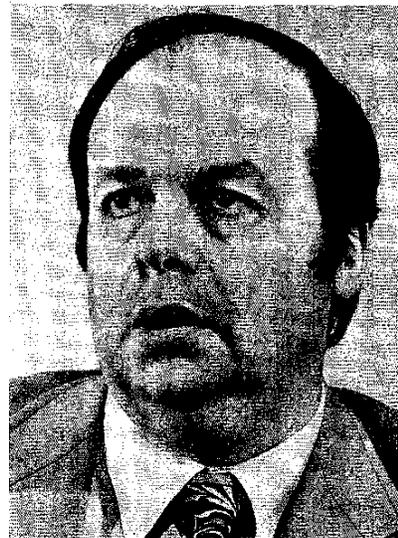
Nichts Gutes

Karl Wienand steckt in der nächsten Affäre: Wegen angeblicher Steuerhinterziehung wurde seine Abgeordneten-Immunität aufgehoben.

Im Büro 115/116 des Bonner Bundeshauses glaubte Staatsanwalt Jürgen Fröhlich am Mittwochabend vergangener Woche fündig geworden zu sein. Als er den Wandschrank des SPD-Abgeordneten Karl Wienand öffnen ließ, stieß er auf einen knappen Meter Leitz-Ordner mit der Aufschrift „Paninternational“.

Schon wollten Fröhlichs Steuerfahnder mit den Akten unter dem Arm den Raum verlassen, da intervenierte SPD-Alt-Parlamentarier Professor Ernst Schellenberg, der im Auftrag seiner Fraktion den Staatsakt überwachte. Die Justizbeamten, so Schellenberg, sollten doch bedenken, daß die ohnehin spektakuläre Durchsuchung noch spektakulärer würde, wenn sie die Paninter-Ordner an den vor der Tür aufgebauten Fernsehkameras vorbeischleppten. Bereitwillig verstaute die Fahnder ihre Beute in einem Fach über Wienands Schnapsgläsern und versiegelten es.

Begonnen hatte der „neue Skandal“ („Bild“) um den SPD-Fraktionsgeschäftsführer, dessen Lobbyisten-Rolle für die inzwischen liquidierte Charter-Fluggesellschaft Paninternational noch immer ebenso ungeklärt ist wie seine Verwicklung in die Steiner-Affäre, zehn Stunden zuvor, als der Bonner Leitende Oberstaatsanwalt Werner Pfromm zu ungewöhnlich früher Stunde, um 8.30 Uhr, das Büro der Parlamentspräsidentin betrat. Annemarie Renger ahnungsvoll: „Ihr früher Besuch kann nichts Gutes bedeuten.“



Steuerzahler Wienand
Dürftige Ausbeute